



Gemeinsam für soziale
Gerechtigkeit.

Das Grundsatzprogramm
der Arbeiterwohlfahrt.

BESCHLOSSEN AUF DER SONDERKONFERENZ
AM 14. DEZEMBER 2019 IN BERLIN.

Inhalt

Einleitung	2
Unsere Leitsätze	4
I. Unsere Grundwerte	5
II. Mensch und Gesellschaft	6
III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft	7
IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt	8
V. Soziale Ungleichheit bekämpfen	9
VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität	10
VII. Unsere Fachlichkeit	11
1. Alter und Altern	12
2. Arbeit	12
3. Bildung	13
4. Bürgerschaftliches Engagement	14
5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit	15
6. Europa	16
7. Familie	18
8. Gleichstellung und Frauenpolitik	18
9. Gesundheit	19
10. Kindheit und Jugend	20
11. Menschen in besonderen Lebenslagen	22
12. Menschen mit Behinderungen	22
13. Pflege	23
14. Solidarität in <i>einer</i> globalisierten Welt	24
VIII. Wir verpflichten uns	26
Glossar	28
Impressum	29

Einleitung

Die Zukunft ist offen, wir aber wollen sie gestalten. Gegründet im Jahr 1919, finden sich in der Arbeiterwohlfahrt auch heute Mitglieder, Engagierte und Mitarbeitende zusammen, um gemeinsam für eine solidarische und gerechte Gesellschaft zu streiten. Mit diesem Anspruch schreiben wir unsere Geschichte als unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband fort. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten sich dabei an den Bedürfnissen der Menschen und unseren politischen Zielen aus. Unser Handeln wird bestimmt durch unsere Grundwerte und unsere Verpflichtung gegenüber der Würde des Menschen: Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung und wirken daran mit, den demokratischen, sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen.

Das Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt ist die zentrale programmatische Orientierung für den gesamten Verband. Es ist in seinen Überzeugungen fest verwurzelt in unserer Geschichte als Teil der Arbeiterbewegung und weiß um die historische Aufgabe dieses Verbandes. Das Programm dient dazu, sich der eigenen Grundwerte zu vergewissern und diese vor dem Hintergrund der aktuellen und kommenden Herausforderungen zu interpretieren. Es geht uns um eine Standortbestimmung und um einen Beitrag zur innerverbandlichen, aber auch zur gesellschaftlichen Debatte über das Fortkommen der Gesellschaft. Zugleich ist es eine Selbstverpflichtung, das eigene Handeln unentwegt kritisch zu hinterfragen und zu überprüfen.

Die politischen Veränderungen und Umbrüche in der Welt, in Europa und Deutschland geben uns Gründe genug, unsere Positionen zu verdeutlichen. Seit der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogramms im Jahr 1998 haben große Sozialreformen die Politik bestimmt, die die soziale Situation vieler Menschen verschlechtert haben und bis heute verunsichern. Die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2007/2008 sowie die Eurokrise ab dem Jahr 2010 und die daraus gezogenen falschen politischen Konsequenzen haben das Vertrauen in die politischen Akteure erschüttert und den Glauben an eine soziale und gerechte Ausgestaltung unseres Wirtschaftssystems infrage gestellt. Darüber hinaus stellen nicht erst seit der Geflüchteten-situation im Jahr 2015 Rechtspopulist*innen und -extremist*innen die gelebte Vielfalt infrage und bedrohen unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Wir stellen uns diesen Entwicklungen entgegen und streiten für eine Gesellschaft, die die*den Einzelne*n achtet, sozial absichert und das Gemeinwohl fördert. Wir sind überzeugt, dass die menschenwürdige soziale Absicherung für eine zukunftsfeste Ausgestaltung unserer Gesellschaft und der Europäischen Union unerlässlich ist. Für diese Überzeugung setzen wir uns alleine und im Verbund mit der Freien Wohlfahrtspflege sowie Organisationen ein, die unsere Grundwerte teilen. Und so ist dieses Grundsatzprogramm nicht zuletzt auch eine Einladung, sich der Arbeiterwohlfahrt anzuschließen und mit uns die Gesellschaft zu gestalten: für Freiheit, für Gleichheit, für Gerechtigkeit, für Solidarität und für Toleranz im 21. Jahrhundert.

Berlin, den 14. Dezember 2019.



Die Leitsätze der Arbeiterwohlfahrt sind die Kernthesen unseres Leitbilds in den Kapiteln I.–VIII. Im Leitbild versammeln wir Themen, die für uns in allen Bereichen von entscheidender Bedeutung sind und eine Klammer um unsere fachliche Arbeit VII. 1.–14. bilden.

Sie kennzeichnen Ziele, Aufgabenverständnis und Methoden unserer Arbeit.

Sie ermöglichen es uns, über unsere Tätigkeit zu diskutieren, sie kritisch zu hinterfragen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Sie sind Orientierung für alle Mitglieder, Mitarbeitenden sowie Engagierten und das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt.

Unsere Leitsätze

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.

I. Unsere Grundwerte

Wir treten für Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz ein. Diese Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus bestimmen unser Handeln.

Unsere Vision einer gerechten Ordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft drückt sich seit unserer Gründung im freiheitlichen demokratischen Sozialismus aus: Allen Menschen stehen politische, soziale, bürgerliche, kulturelle und wirtschaftliche Grundrechte zu. Der freiheitliche demokratische Sozialismus ist zugleich unser nie endender Auftrag, für eine fortschrittliche, freie, gerechte, demokratische und solidarische Gesellschaft einzustehen. Mit unserer Arbeit wollen wir Ungleichheiten überwinden, soziale Gerechtigkeit schaffen und allen Menschen gesellschaftliche sowie kulturelle Teilhabe ermöglichen. Der Staat ist verpflichtet, allen ein Leben in Würde und ohne Armut zu sichern.

Freiheit bedeutet, selbstbestimmt und menschenwürdig zu leben – frei von Willkür, Unterdrückung, Not und Armut. Die Freiheit der*des Einzelnen entsteht auch durch die Gemeinschaft. Damit der Mensch seine individuellen Fähigkeiten entfalten kann, braucht er soziale und materielle Sicherheit. Freiheit verpflichtet, sich der Vernunft zu bedienen, verantwortlich zu handeln und die Freiheit anderer zu respektieren.

Gleichheit gründet in der gleichen Würde aller Menschen. Sie verlangt gleiche Rechte vor dem Gesetz, die Gleichstellung aller Geschlechter und den Schutz vor Diskriminierung. Gleichheit erfordert das Recht, am politischen und sozialen Geschehen mitzuwirken und sozial abgesichert zu sein.

Gerechtigkeit herrscht, wenn jeder Mensch frei ist, gemeinschaftlich handelt und die gleichen Chancen im Leben hat. Dafür braucht es staatliche Steuerung und Umverteilung: Gerechtigkeit ist auch Verteilungsgerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, global Verantwortung zu übernehmen und für einen Ausgleich in der Welt einzutreten. Gerechtigkeit erfordert, unsere Lebensweise für kommende Generationen und zum Wohl der Natur nachhaltig zu gestalten. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, sich konsequent für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Die ökologische und soziale Gestaltung einer Gesellschaft und Wirtschaft mit ihren Zielen, Lebensstilen und Handlungen muss weltweit eine lebenswerte Zukunft sichern.

Solidarität entsteht im Miteinander. Sie bedeutet, füreinander einzustehen und den anderen zu helfen. Unsere gemeinsame politische Überzeugung ist die Basis für gegenseitige Verantwortung und Verpflichtung. Solidarität kennt keine nationalen Grenzen. Der Staat macht durch Recht Solidarität bindend. Im Zusammenschluss haben die Menschen die Kraft, sich gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu wehren. Wer in Not gerät, kann sich auf die Solidarität der Gesellschaft verlassen.

Toleranz erwächst aus dem Bewusstsein, dass jeder Mensch in seiner Einzigartigkeit anerkannt wird. Andere Meinungen, Ideen, Normen, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen und Gewohnheiten sind so lange zu akzeptieren, wie sie vereinbar mit unseren Grundrechten und Grundwerten sind. Die Vielfalt der Menschen ist durch Gesetze zu schützen. Toleranz lebt vom freien und gleichberechtigten Austausch aller Menschen über die Normen in der Gesellschaft.

II. Mensch und Gesellschaft

Wir unterstützen Menschen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und fördern ein demokratisches Zusammenleben in Solidarität und Achtung vor der Natur.

Als Wohlfahrtsverband ist unsere Arbeit geprägt von der Zusammenarbeit mit dem Menschen. Wir sind uns der Würde und der Freiheit jeder* jedes Einzelnen bewusst und sehen die Menschen- und Grundrechte als unveränderliche Grundlage für Staat und Gesellschaft an. Wir treten für diese Rechte ein und fördern die Menschlichkeit in der Welt. Nach unserer Überzeugung beruht ein menschenwürdiges Leben auf Freiheit und sozialem Miteinander. Wir fördern Selbstbestimmung und wollen Menschen aus Notlagen befreien. Wir erfahren durch unsere Arbeit, dass Menschen sich entwickeln und lernen wollen. Dabei begleiten und unterstützen wir sie individuell und setzen bei ihren Potenzialen an. So fördern wir Selbstverantwortlichkeit und Autonomie.

Wir bestärken den Menschen im Rahmen seiner Fähigkeiten, für sich und die Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Solidarität über Generationen, Grenzen und Herkunft hinweg hält unsere Gesellschaft zusammen.

Eine Demokratie braucht das Engagement ihrer Bürger*innen. Deswegen fördern wir Mitbestimmung an den Orten, wo Menschen leben, arbeiten und sich begegnen. Sie brauchen geeignete Rahmenbedingungen, um ihre Potenziale zu entfalten und miteinander zu kooperieren.

Unser demokratischer und sozialer Rechtsstaat verringert die Gefahr, in Unmenschlichkeit zurückzufallen. Dennoch wissen wir, dass Minderheiten bedroht sind von feindseligen und gewalttätigen Übergriffen. Wir bekämpfen jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen. Vorurteilen und Stereotypen begegnen wir mit Aufklärung, Argumenten und Dialog.

Wir verstehen uns als Teil der antifaschistischen Bewegung. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander ein und verurteilen jede Art von psychischer und physischer Gewalt.

Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die ökologisch und nachhaltig lebt. Wir bekennen uns zu einem nachhaltigen, ressourcenschonenden und fairen Wirtschaftssystem. Wir setzen uns für eine Ökonomie ein, die weltweit faire und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen anstrebt. Sozialer Fortschritt gelingt weltweit nur nachhaltig bei gleichzeitigem Schutz der Natur. Technischer Fortschritt und Digitalisierung sind dort zu fördern, wo sie die Lebensqualität der Menschen verbessern. Die Privatsphäre und die Selbstbestimmung der*des Einzelnen sind immer zu garantieren. Wir wollen eine chancengerechte Gesellschaft, in der jede*r Zugang zu der notwendigen Technologie hat, die Teilhabe ermöglicht. Es wird darauf ankommen, dass digitale Kompetenzen über alle Schichten, Geschlechter, Altersgruppen und Berufsfelder hinweg erlernt werden können.

III. Die Arbeiterwohlfahrt als Wertegemeinschaft

Wir sind ein unabhängiger und eigenständiger Mitgliederverband. Auf Grundlage unserer Werte streiten wir gemeinsam mit Mitgliedern, Engagierten und Mitarbeitenden für eine solidarische und gerechte Gesellschaft.

Unsere Grundwerte bestimmen unser Handeln im Mitgliederverband, in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen und in unserer politischen Interessenvertretung. Das macht uns zu einer starken Gemeinschaft. Unsere Strukturen und Aktivitäten richten wir an den Bedürfnissen der Menschen und an unseren politischen Zielen aus.

Die Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt bestimmen demokratisch über die Entwicklung des Verbandes und unsere politischen Positionen. Sie prägen das Bürgerschaftliche Engagement, steuern und beaufsichtigen unsere sozialwirtschaftlichen Unternehmen. Als Teil der Zivilgesellschaft betonen wir die Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit. Gemeinnützige, demokratische Mitgliederorganisationen werden weiterhin Triebfeder für eine solidarische und demokratische Gesellschaft sein. Deshalb wollen wir Menschen für uns begeistern, sie als Mitglieder gewinnen und ihrem Engagement einen festen Ort bieten.

Unsere Wertegemeinschaft schließt Menschen ein, die sich für uns und unsere Grundwerte einsetzen. Zugleich fördern wir neue Formen des Engagements und öffnen unsere Räume für innovative Angebote sowie für das Erleben von Gemeinschaft. Wir wollen verstärkt Kooperationen mit anderen Akteuren eingehen. So können wir den unterschiedlichen Bedürfnissen der Generationen und einer Gesellschaft in Vielfalt gerechter werden.

Die Mitarbeitenden der Arbeiterwohlfahrt sind Teil unserer Gemeinschaft. Hand in Hand mit unseren Ehrenamtlichen und Engagierten garantieren sie Professionalität, Stabilität und Innovation in unserem Verband.

Wir ermöglichen, dass unsere Mitarbeitenden unsere Grundwerte leben und die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitgestalten können. Wir stehen für Gute Arbeit auch in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen ein.

Zu uns gehört das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt. Als selbstständiger und eigenverantwortlicher Kinder- und Jugendverband organisiert es sich über demokratische Strukturen und bereichert unseren Verband. Das Jugendwerk vertritt die Anliegen und Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und gibt uns wichtige Impulse. Wir unterstützen das Jugendwerk und arbeiten auf allen Ebenen in Gremien und vor Ort zusammen. Gemeinsam sichern wir die Zukunft.

IV. Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt

Wir streiten für eine demokratische Gesellschaft in Vielfalt und begegnen allen Menschen mit Respekt.

Wir stärken die Vielfalt und das solidarische Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Wir kämpfen für die materielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen. Die Anerkennung als gleichwertige Mitbürger*innen, die Gleichheit vor dem Gesetz sowie die Menschenrechte sind das Fundament auf dem Weg in eine offene Gesellschaft. Diese Rechte sind nicht verhandelbar und für jede*n einklagbar. Wir sind überzeugt, dass sie den Raum und die Sicherheit schaffen, damit in einer Gesellschaft in Vielfalt sozialer Zusammenhalt gelebt wird. Nur die Demokratie kann weltanschauliche, religiöse, sexuelle, ethnische, soziale und sprachliche Vielfalt in ein politisches Gleichgewicht bringen und jeden Menschen in seiner Einzigartigkeit wertschätzen.

Eine Gesellschaft in Vielfalt ist reich an Tradition und Kultur. Aus der Motivation entstanden, die Mauern der Klassengesellschaft zu durchbrechen, arbeiten wir auch in Zukunft daran, Diskriminierung und Ungleichheit abzuschaffen. Mit dieser Haltung schreiben wir unsere Tradition fort. Unser Eintreten für eine Gesellschaft in Vielfalt ist mit unserer Arbeit für eine gerechte Gesellschaft eng verbunden. Die Ungleichheit im Kapitalismus steht dem Ziel der Anerkennung und Wertschätzung aller Menschen entgegen. Mit unserer Vision eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus drücken wir aus, dass eine gerechte Gesellschaft erreichbar ist. Soziale Absicherung, gleiche Bildungschancen und die gerechte Verteilung von Ressourcen sowie die Achtung aller Menschen hängen unmittelbar miteinander zusammen.

Wir fördern ein Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Weltanschauung, mit und ohne Behinderung, aller Generationen, jeden Geschlechts und jeder sexuellen Identität. Als nicht religiös gebundener Verband wollen wir, dass der Staat sich weltanschaulich neutral verhält. Er darf keine Weltanschauung oder Religion privilegieren oder sich mit ihr identifizieren. Die Wohlfahrtspflege ist ein Ort, an dem Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Religionen zusammenfinden und das Gegenüber durch direkten Austausch verstehen und respektieren lernen.

Das solidarische Miteinander ist für das Individuum und unsere Gesellschaft ein Gewinn. Wir streiten für ein starkes Gemeinwesen und öffentliche Räume, die für alle nutzbar sind. Um eine Gesellschaft in Vielfalt zu gestalten, handeln wir nach dem Prinzip der Inklusion.

V. Soziale Ungleichheit bekämpfen

Wir finden uns mit Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht ab. Der demokratische Sozialstaat ist verpflichtet, Ausgleich zwischen Arm und Reich herzustellen.

Die soziale Ungleichheit verpflichtet uns seit unserer Gründung, für mehr Gerechtigkeit zu kämpfen. Die zunehmende Ungleichheit gefährdet den sozialen Zusammenhalt und unsere Demokratie: Sie grenzt aus und führt zu geringerer Lebensqualität. Sie schafft körperliches sowie psychisches Leid und Perspektivlosigkeit statt gleiche Lebenschancen. Wir wollen Teilhabe und ökonomische Unabhängigkeit für alle. Um Ungleichheit zu überwinden, wollen wir die Strukturen und das kapitalistische Wirtschaftsmodell unserer Gesellschaft verändern. Wir akzeptieren weder Armut noch Ausgrenzung.

Die digitale Transformation muss sozial und teilhabeorientiert gestaltet werden. Sie darf die bestehende soziale Spaltung nicht weiter verschärfen, sondern muss Teilhabe für alle ermöglichen. Eine Grundvoraussetzung dafür ist die ausreichende technische Ausstattung insbesondere bereits sozial benachteiligter Gruppen sowie die Weiterbildung und Begleitung aller Mitglieder der Gesellschaft in das digitale Zeitalter.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist für uns untragbar. Wir fordern einen offenen, diskriminierungsfreien und bezahlbaren Zugang zu Wohnraum und bezahlbare, wohnortnahe Räume für Engagement und soziale Dienstleistungen. Bund, Länder und Gemeinden haben auf Dauer bedarfsgerecht Sozialmietwohnungen vorzuhalten.

Eine verlässliche soziale Infrastruktur kann soziale und herkunftsbedingte Ungleichheiten mindern und individuelle Fähigkeiten zur Entfaltung bringen. Deshalb müssen Angebote auch in strukturschwachen Regionen einen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten.

Auch außerhalb der Städte ist die Daseinsvorsorge so zu gestalten, dass sie die Teilhabe aller Menschen ermöglicht. Wir kämpfen bundesweit für gute politische Rahmenbedingungen und einen starken Sozialstaat.

Politische Beteiligung hängt mit der sozioökonomischen Situation und dem Zugang zu Bildung zusammen: Während Armut strukturell zu geringer sozialer Teilhabe und politischer Gestaltungskraft führt, entstehen aus Reichtum ungerechtfertigter politischer Einfluss und Macht. Das schwächt das Vertrauen in Demokratie, Staat und Gesellschaft. Darüber hinaus werden in einer ungleichen Gesellschaft immer wieder Menschen in sozial schwachen Lebenslagen gegeneinander ausgespielt. Wir betonen die besondere Verantwortung und Verpflichtung für das Gemeinwohl, die aus Reichtum entstehen. Der demokratische Staat ist verpflichtet, Ausgleich im Sinne der Allgemeinheit zu schaffen.

Um Ungerechtigkeit zu beenden, braucht es eine wirksamere Umverteilung. Das Ziel sind gleiche Lebens- und Teilhabechancen für alle Bürger*innen. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft. Dafür kämpfen wir.

VI. Soziale Daseinsvorsorge und Subsidiarität

Wir bieten soziale Dienstleistungen mit hoher Qualität und Wirkung für alle an. Staat und Kommunen tragen die Verantwortung für die soziale Daseinsvorsorge.

Wir haben den deutschen Sozialstaat mitgegründet. Wir sehen die zentrale Aufgabe der sozialen Daseinsvorsorge darin, allen Menschen gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Prinzip der Subsidiarität: Der Staat trägt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen, wir übernehmen die Trägerschaft von Einrichtungen, Diensten und Maßnahmen. Als Anwältin der Betroffenen nehmen wir Einfluss auf die Gesetzgebung und erstreiten soziale Rechte. Wir beziehen fundiert und kritisch Stellung zur sozialen Lage in Deutschland und Europa.

Vor Ort handeln wir gemeinwohlorientiert und arbeiten mit Kostenträgern auf der Grundlage von Verträgen und transparenten Förderungsbedingungen partnerschaftlich zusammen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung engagieren wir uns in Gremien, Kommissionen und Ausschüssen bei der Planung, Konzeption und Steuerung bedarfsgerechter Angebote und Dienstleistungen. Unser Ziel ist es, die notwendige soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen.

Als gemeinnützige Organisation gewährleisten wir, dass unsere Erträge nur für unsere sozialen Zwecke eingesetzt werden. Wir stehen für ein gebotenes Maß an Wirtschaftlichkeit und gehen sorgfältig und transparent mit unseren finanziellen Ressourcen um. Wir bedienen nicht die Renditeinteressen fremder Geldgeber.

Der Staat braucht starke Partner im Sozialraum. Der Wert der Subsidiarität für die Gesellschaft ist durch eine entsprechende Politik zu erhalten und zu fördern. Handlungsfähige und sozial verantwortungsvolle Kommunen sind die Voraussetzung, um den Bedürfnissen und Lebenslagen der Menschen vor Ort nachzukommen. Dafür ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen dauerhaft zu sichern. Die Freie Wohlfahrtspflege sichert eine bundesweite Versorgung, eine Einbindung von Ehrenamt und Engagement, eine wertegebundene Steuerung im Sinne des Gemeinwohls sowie die Erhaltung der Wunsch- und Wahlfreiheit der Menschen. Die voranschreitende Deregulierung sowie die zunehmende Steuerung der sozialen Daseinsvorsorge über den Markt und die Risiken der Digitalisierung gefährden die Qualität der Versorgung und die Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit. Wir fordern eine Neugestaltung von Vergabe- und Förderungsregelungen, sodass die Wahrung von gleichwertigen Lebensverhältnissen gewährleistet wird.

Wir werden unsere Maxime einer freien und wertegebundenen Arbeit bewahren und stellen uns mit unserer Fachlichkeit und der Qualität unserer Leistungen dem Wettbewerb. Für den Erhalt und den Ausbau der Subsidiarität als Ordnungsprinzip des deutschen Sozialstaats werden wir in Deutschland und in der Europäischen Union kämpfen. Wir wollen ein soziales Europa, das das deutsche Sozialstaatsmodell anerkennt und die regionale Grundversorgung mit sozialen Dienstleistungen gewährleistet.

VII. Unsere Fachlichkeit

Wir arbeiten professionell, inklusiv, interkulturell, innovativ und nachhaltig. Das sichern wir durch die Fachlichkeit unserer Mitglieder, Engagierten und Mitarbeitenden.

Seit unserer Gründung im Jahr 1919 haben wir uns zu einer gemeinnützigen Organisation entwickelt, die in allen Bereichen der Sozialen Arbeit und Sozialpolitik aktiv ist. Unsere Arbeit richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus und versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Wir arbeiten wirkungsorientiert, zuverlässig und auf Basis von fachlichen Standards. Wir entwickeln die Fachlichkeit weiter und setzen uns für die erforderlichen Rahmenbedingungen politisch ein.

Unsere Angebote richten sich an Menschen, unabhängig von ihrer ethnischen und sozialen Herkunft, ihrer Religion, Weltanschauung, Nationalität, ihrem Familienstand oder Geschlecht. Wer zu uns kommt, ist für uns Expert*in der eigenen Lage. Wir schützen sie*ihn vor Übergriffen durch Dritte und arbeiten präventiv gegen jegliche Form von Gewalt. An unserer Arbeit beteiligen wir Klient*innen, Mitarbeitende, Mitglieder und Engagierte.

Inklusion ist unser Prinzip, um die Teilhabe aller zu verwirklichen. Wir fördern in der Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen das Bewusstsein, dass niemand ausgegrenzt und diskriminiert werden darf. Das bedeutet, unsere Vorurteile zu reflektieren sowie unsere Arbeitsweise so zu gestalten, dass sie der Einzigartigkeit jedes Menschen gerecht wird.

Interkulturalität ist Teil unseres Verständnisses von Inklusion und ein zentrales Qualitätsmerkmal unserer Angebote, Maßnahmen und Projekte. In der Arbeiterwohlfahrt werden antisemitische, rassistische und extremistische Äußerungen sowie Handlungen entschieden, auch mit juristischen Mitteln, verfolgt.

Wir sind verantwortlich dafür, dass Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen der Arbeiterwohlfahrt verwirklicht wird. Das bedeutet, ein Arbeits- und Engagementumfeld zu schaffen, das sensibel ist für die eigenen Vorurteile. Mitarbeitende und Engagierte werden gleichermaßen wertgeschätzt. Einstellung, Bezahlung, Förderung und Aufstiegsmöglichkeiten erfolgen unabhängig vom Geschlecht.

Die Soziale Arbeit bietet zahlreiche Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten für digitale Anwendungen. Sie sind Teil unserer auf die Zukunft ausgerichteten Arbeit. Der zentrale Bestandteil all unserer Aktivitäten bleibt jedoch der menschliche Kontakt. Digitalisierung und Technik setzen wir zum Wohl unserer Klient*innen und zur Entlastung unserer Mitarbeitenden ein. Inklusion, Interkulturalität, Geschlechtergerechtigkeit und einen am Menschen orientierten Einsatz von Technik und Digitalisierung herzustellen, ist eine Querschnittsaufgabe.

Unsere Fachlichkeit drückt sich in allen Feldern der Sozialen Arbeit aus.

Die Kernthesen unserer fachlichen Arbeit VII. 1.-14. werden auf den folgenden Seiten erläutert.

1. Alter und Altern

Wir treten für eine alters- und alternsgerechte Politik ein, die es Menschen bis ins hohe Alter ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten und selbstbestimmt zu leben. Weil sich die Folgen von Armut, prekärer Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit im Lebensverlauf gerade im Alter zeigen, ist es Aufgabe der Politik, Ungleichheit zu verringern. Uns geht es um ein würdevolles Altern aller Menschen.

Leben im Alter

Viele Menschen sind im Alter alleine. Deshalb fördern wir Gemeinschaft und Austausch. Im Fall von Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muss es möglich sein, im vertrauten Umfeld zu bleiben. Dafür braucht es ein Wohnumfeld, das regional, flexibel und bedarfsorientiert ausgestaltet ist. Bürger*innen und lokale Akteure sind einzubeziehen, sektorenübergreifende Kooperationen sind herzustellen. Wir streiten für generationengerechte Infrastrukturen und bezahlbare Wohnangebote.

Für eine solidarische Alterssicherung

Mit dem Erreichen der Regelaltersgrenze und nach einem erfüllten Arbeitsleben hat jede*r das Recht auf eine Rente, mit der sie*er ihr*sein Leben im Alter finanziell unabhängig gestalten kann. Diese Versicherten müssen sich auf eine lebensstandardsichernde Rente verlassen können, die auf lohnorientierten Rentenanpassungen basiert und oberhalb der Grundversicherung liegt. Das kann auch trotz demografischer Veränderungen eine solidarische, beitragsorientierte und dynamische gesetzliche Rentenversicherung leisten. Zudem treten wir für ein verbessertes Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Um auf den bevorstehenden Wandel der Arbeit mit einer gerechten Alterssicherung zu reagieren, sind langfristig alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Altersarmut verhindern

Wer im Alter von Armut betroffen ist, hat aus unterschiedlichen Gründen meist Lücken in der Erwerbsbiografie. Zu viele können diese Lücken nicht durch private oder betriebliche Altersvorsorge schließen. Um Altersarmut zu verhindern, braucht es insbesondere eine aktive Arbeitsmarktpolitik sowie eine professionelle Begleitung von Übergängen in Ausbildung und Beruf. Für Geringverdienende fordern wir eine bessere Absicherung bei der

Rente und Rentenfreibeträge in der Grundversicherung. Sowohl am Arbeitsmarkt als auch in der Rentenpolitik muss gewährleistet sein, dass insbesondere Frauen vor Altersarmut infolge privater Sorgearbeit besser geschützt werden.

Erwerbsminderungsrente

Erwerbsminderung darf nicht in Armut führen. Wir wollen, dass die Renten im Fall der Erwerbsminderung weiter verbessert werden. Das gilt auch für Menschen, die bereits eine Rente beziehen. Zugleich wissen wir, dass Rehabilitation und individuelle Unterstützung die Chance von Menschen erhöhen, wieder am Arbeitsleben teilzunehmen.

Gesund in den Ruhestand

Wir fordern gute Bedingungen für einen gesunden und flexiblen Eintritt in den Ruhestand: verbesserte Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsbedingungen, Weiterbildung, Gesundheitsförderung in den Betrieben sowie flexible Übergangsmodelle. Eine weitere Heraufsetzung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab.

2. Arbeit

In einer sich wandelnden Arbeitswelt setzen wir uns für eine gute soziale Absicherung der Arbeitnehmer*innen ein. Die sozialen Sicherungssysteme sind entsprechend den neuen Anforderungen auszubauen. Der Anstieg atypischer und prekärer Arbeit, der digitale Wandel und gewandelte Erwartungen der Arbeitnehmer*innen erfordern von uns einen starken Einsatz für ihre Rechte.

Arbeit wird auch in Zukunft eine zentrale, sinnstiftende Bedeutung haben. Sie ermöglicht gesellschaftliche Anerkennung und Identifikation und kann die Basis bilden, um sich zu verwirklichen und unabhängig zu sein. Weiterbildung und Qualifizierung sowie die Vereinbarkeit von Arbeit mit privater Sorgearbeit müssen im Interesse der Arbeitnehmer*innen gestaltet werden.

Soziale Arbeit: unsere Kernaufgabe

Der Widerspruch zwischen der Bedeutung sozialer Dienstleistungen für unsere Gesellschaft und ihren Rahmenbedingungen ist erheblich. Soziale Arbeit stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt, bietet sichere Arbeitsplätze und ist ein wesentlicher

Wirtschaftsfaktor für dieses Land. Ohne die Entlastung privater Sorgearbeit durch professionelle soziale Dienstleistungen würde dem Wirtschaftsstandort Deutschland geschadet. Wir wollen die Bedingungen in der Sozialen Arbeit weiter verbessern und mitgestalten: Wir fordern höhere Löhne und Personalschlüssel, allgemein gültige Tarifverträge und geringere Arbeitsbelastung. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind im Hinblick auf Mitarbeitende und Klient*innen kompetent, dienstleistungsorientiert und sicher zu nutzen.

Digitalisierung einbetten und Regelwerke bindend machen

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Arbeit und Beschäftigung. Die Chancen der Digitalisierung dürfen nicht zu verschlechterten Arbeitsbedingungen wie einer ständigen Erreichbarkeit führen. Arbeitnehmer*innen haben das Recht auf Freizeit und Trennung von Arbeit und Leben. Wo Arbeit über Clouds und Plattformen organisiert wird, braucht es Regeln und Absicherung zum Schutz neuer Erwerbsformen. Es gilt, die gleichen gesetzlichen Regelungen bindend zu machen, wie sie bei niedergelassenen Anbietern gelten.

Neues Leitbild für die Arbeitsmarktpolitik

Zukünftige Arbeitsmarktpolitik hat den Menschen zu befähigen, sich an seinem Lebenslauf, seinen Bedürfnissen und Stärken zu orientieren. Arbeitsmarktpolitik muss auch Beiträge zum Strukturwandel in den unterschiedlichen Regionen in Deutschland leisten und insbesondere auf die Beschäftigung junger Menschen abzielen. Wir fordern eine Neudefinition der Dienstleistungen in den Behörden und arbeitspolitische Maßnahmen, die die Grenzen einer Politik des Forderns und Förderns erkennen. Wer langfristig keinen Anschluss an den Arbeitsmarkt findet, braucht einen Sozialen Arbeitsmarkt – Qualifizierung, Coaching oder Begleitung und Lohnkostenzuschüsse sind notwendig. Wir kämpfen für einen inklusiven Arbeitsmarkt und setzen uns mit unseren arbeitsmarktpolitischen und sozialpädagogischen Angeboten dafür ein. Darüber hinaus sind steigende Risiken, Brüche und Übergänge gesellschaftlich und nicht individuell durch einen erweiterten Schutz der Arbeitslosenversicherung aufzufangen.

Freie Träger als Akteure der Arbeitsmarktintegration

Wir wollen mit unseren Einrichtungen inklusive Regelsysteme schaffen, die auch benachteiligte Menschen für das Arbeitsleben befähigen.

Begleitende und passgenaue individuelle Unterstützung durch qualifizierte Fachkräfte ist hier unabdingbar. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Arbeitsmarktmaßnahmen, faire Vergabeverfahren und langfristige Angebote ein.

Die Grundsicherung der Zukunft

Wir streiten für eine Grundsicherung, die mehr als das menschenwürdige Existenzminimum umfasst und echte Teilhabe ermöglicht. Arbeitssuchende brauchen eine Beratung, Vermittlung und Betreuung auf Augenhöhe: Vertrauen ist die wichtigste Ressource in den Jobcentern. Dafür braucht es ein Umdenken, weg von einer kennzahlbasierten Steuerung mit dem Fokus darauf, die Kosten zu senken. Wir machen uns stark für eine menschnahe Beratung.

3. Bildung

Bildung ist eine zentrale Ressource für die individuelle Lebensführung und ein Prozess zur Entwicklung einer eigenständigen Persönlichkeit. Bildung ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben und bildet die Grundlage, um gesellschaftliche sowie politische Prozesse mitzugestalten. Durch die Digitalisierung haben viele Menschen schnell Zugang zu Informationen. Doch nur wer zur Nutzung von digitalen Medien und deren Informationen befähigt ist, kann selbstbestimmt und kritisch damit umgehen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Zugang zu Bildung allen Menschen offensteht, um gleiche Bildungschancen – unabhängig von der Herkunft, einer Behinderung, dem familiären Bildungshintergrund oder der wirtschaftlichen Lebenslage – zu realisieren. Wir setzen uns für Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung, der Aus-, Fort- und Weiterbildung und der Hochschule ein. Dazu sind bundesweite Mindeststandards und vergleichbare Lernbedingungen herzustellen.

Bildung im 21. Jahrhundert gestalten

Dem Bildungsprozess ist ausreichend Zeit und Raum einzuräumen. Er ist mehr als eine abschließliche Qualifikation für den Arbeitsmarkt. Ungleich verteilte Bildungschancen sind durch stärker auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen zugeschnittene Bildungsangebote und Lernformen auszugleichen. Wir sind überzeugt, dass die Vermittlung interkultureller, sozialer, demokratischer, digitaler und ökologischer

Kompetenzen notwendige Inhalte von Bildung sind. Niedrigschwellige und kostenfreie Zugänge ermöglichen ein lebenslanges Lernen. Sie sind in allen Lebensphasen rechtlich abzusichern.

Die Bildung der Zukunft ist offen für Vielfalt

Wir wollen Vielfalt in der Bildung fördern. Deshalb sind alle Bildungsinstitutionen inklusiv auszugestalten. Wir fordern bestmögliche Teilhabe aller entlang des gesamten Bildungsvlaufes und den Abbau aller Ungleichheiten.

Verschiedene Lernorte anerkennen und vernetzen

Eine chancengerechte Bildungspolitik beachtet, stärkt und schätzt gleichermaßen formale, nonformale und informelle Lernorte. Bildungsorte in öffentlicher Verantwortung müssen barrierefrei sein. Zentrale Bildungsorte sind Familien, die Kindertagesbetreuung, die Peergroups, die Jugend(verbands)arbeit, die Schule, der Sozialraum, die Medien genauso wie Ausbildung und Beruf. Eine enge Kooperation und Vernetzung aller Akteure im Sozialraum ist vonnöten. Sie basiert auf einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit und hat eine ganzheitliche Bildung im Blick. Informelle Bildungsprozesse wie in der Familie sind eine Bereicherung, dürfen jedoch nicht für schulischen Bildungserfolg vorausgesetzt werden.

Frühkindliche Bildung als Grundstein von Bildungserfolgen

Wir denken in aufeinander aufbauenden und vernetzten Hilfsangeboten im Sinne von Präventionsketten und wissen, dass Bildung bereits vor dem Eintritt in Institutionen durch die Eltern beginnt. Anschließend sind es Kindertageseinrichtungen und -pflege, die als Orte frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung die kognitive, soziale und emotionale Entwicklung von Kindern fördern. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Chancengleichheit, zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Inklusion. Um diese Aufgaben zu erfüllen, brauchen sie personell, finanziell und organisatorisch gute Rahmenbedingungen.

Eingebunden in den Sozialraum: die Ganztagschule als Regel

Die Ganztagschule als Ort des gemeinsamen Lernens und Lebens muss zu ihrer Gestaltung pädagogische Konzepte und Standards bieten, die sich über den ganzen Tag erstrecken und Lern- mit Freizeitangeboten verbinden. Wir wollen, dass die barrierefreie Ganztagschule in gebundener Form zur Regel wird.

Sie setzt eine enge Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule voraus, sichert Übergänge im Bildungsverlauf und schafft am besten Chancengleichheit für alle jungen Menschen. Ihr Potenzial entfaltet die Ganztagschule erst, wenn sie gebührenfrei ist. Schulen sind hin zu einem Lern- und Lebensort zu entwickeln und in den Sozialraum zu integrieren.

Übergänge sichern und Durchlässigkeit fördern

Wir fordern, dass die Durchlässigkeit unterschiedlicher Bildungswege erhöht wird. Vor dem Hintergrund der hohen Abbruchzahlen bei Übergängen zwischen den Bildungsinstitutionen bietet die Jugendsozialarbeit eine sozialpädagogische Unterstützung, die auch im Übergang von der Schule in den Beruf wirkt. Wir wollen Angebote der Jugend- und Eingliederungshilfe, der Berufsberatung und Berufsförderung sowie der Betriebe stärker mit der Schule vernetzen und in ein kommunal abgestimmtes Übergangssystem einbinden.

Gute Bildungsangebote brauchen qualifiziertes Personal

Für verlässliche und professionelle Bildungsangebote brauchen wir qualifiziertes Personal und arbeitsfeldbezogene Fort- und Weiterbildungsangebote. Die Qualität dieser Angebote muss kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Weiter fordern wir tariflich gesicherte Arbeitsbedingungen, eine der Aufgabe und Qualifikation angemessene Bezahlung und eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung. Weiterbildung ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Sie muss über rein betriebliche Interessen hinausgehen und auch vom Staat unterstützt werden.

4. Bürgerschaftliches Engagement

In einer Demokratie übernehmen Bürger*innen Verantwortung im Gemeinwesen und kontrollieren staatliches Handeln. Deshalb verstehen wir das Engagement unserer Mitglieder und Engagierten als Ausdruck unseres politischen Gestaltungsanspruchs. Wir fördern kurzzeitiges ungebundenes Engagement genauso wie langfristiges festes Ehrenamt. Das ist unser Beitrag zu einer lebendigen Zivilgesellschaft in diesem Land.

Engagement führt zu Begegnungen und zum Kennenlernen von unterschiedlichen Menschen, schärft das Verständnis für die Rechte und Bedarfe der Mitbürger*innen und stiftet sozialen Zusammenhalt. Für die*den Einzelne*n kann Engagement Sinn und Erfüllung sowie Teilhabe an der Gesellschaft sein. Aus diesen Gründen ist es für uns entscheidend, dass Engagement über alle Altersgrenzen und gesellschaftlichen Gruppen hinweg gelernt und gelebt werden kann.

Engagement ist freiwillig und unabhängig

Bürgerschaftliches Engagement erfolgt auf freiwilliger Basis und verfolgt eigene Zwecke und Ziele. Dabei braucht es gute Rahmenbedingungen, um sich frei zu entfalten. Als Teil der Freien Wohlfahrtspflege treten wir für dauerhafte und auskömmlich finanzierte Strukturen der Engagementförderung ein. Engagement ist in seinem kritischen Eigensinn anzuerkennen und darf nie dauerhaft staatliche Infrastruktur und Leistungen ersetzen.

Engagement braucht Raum und ist vielfältig

Engagement braucht eine Ermöglichungskultur, die Räume für Beteiligung eröffnet. Die Motive der Engagierten sind hier Ausgangspunkt für das Engagement, solange sie vereinbar mit dem Grundgesetz sind. Engagement findet zunehmend ortsunabhängig, kurzfristig und auch digital statt. Diese unterschiedlichen Formen ergänzen einander. Wir treten dafür ein, dass in der Engagementförderung digitale Kommunikationswege aufgebaut und gefördert werden. Sie ermöglichen Vermittlung und Koordination und eröffnen neue Wege der Selbstorganisation.

Chance auf Engagement für alle

Engagement ermöglicht vielfältige Lernprozesse und Teilhabe. Damit sich Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen und Interessen beteiligen können, benötigen sie spezifische Zugänge zum Engagement. Engagementförderung darf Ungleichheiten nicht verstärken, sondern sollte gerade auch Menschen in prekären Lebenslagen und die Gleichstellung aller Geschlechter fördern. Die Eingliederungshilfe muss auch für Menschen mit Behinderungen die Teilhabe am Engagement inklusiv gestalten.

Engagement braucht Zeit und einfache Zugänge

Zeitmangel ist ein großes Hindernis für ein längerfristiges Engagement. Menschen sollten ihr Engagement mit Schule, Ausbildung, Beruf

und Familie vereinbaren können. Wir wissen um die Bedeutung früher Erfahrung mit Engagement für die eigene Biografie. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Schüler*innen schon früh Engagement und Jugendverbandsarbeit nahegebracht werden.

Internationales Engagement schafft Frieden und baut Vorurteile ab

Wir wollen gezielt Engagement über den lokalen und nationalen Kontext hinaus ermöglichen. Austauschprogramme, insbesondere im Jugendbereich, Engagement im Rahmen internationaler Kooperationen oder die Entwicklung einer europäischen Zivilgesellschaft schaffen wichtige Berührungspunkte zwischen verschiedenen Kulturen und sollten ausgebaut werden.

Bürgerschaftliches Engagement für jede*n ermöglichen

Niemandem darf durch finanziellen Aufwand der Einsatz für die Gemeinschaft erschwert werden. Zugleich ist Engagement seinem Wesen nach unentgeltlich und darf nur gegen eine angemessene und transparente Aufwandsentschädigung erfolgen. Damit ehrenamtliches Engagement nicht als notwendige Einnahmequelle missdeutet wird, setzen wir uns für auskömmliche und steigende Löhne und eine dadurch gut ausgestattete Altersabsicherung durch die gesetzliche und betriebliche Rente ein. Eine Existenzsicherung durch Vergütungen im Bürgerschaftlichen Engagement entspricht weder dessen Charakter noch ist sie moralisch vertretbar.

5. Einwanderungspolitik und Soziale Arbeit

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wir wollen die gleichberechtigte Teilhabe für eingewanderte Menschen an der Gesellschaft organisieren und fördern Vielfalt. Eine erfolgreiche Einwanderungspolitik verständigt sich mit allen hier lebenden Menschen auf gemeinsame Normen.

Für uns kann sich erfolgreiche Einwanderungspolitik nur am Prinzip der Inklusion ausrichten. Wir werden weiterhin Einwander*innen unterstützen und begleiten sowie Strukturen und Haltungen in der Gesellschaft bekämpfen, die dem Grundrecht eines jeden Menschen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit entgegenstehen.

Einwanderungsrecht gestalten

Neben dem Integrationsrecht und dem Asylrecht braucht es ein Einwanderungsrecht, das für Menschen Wege in die Bundesrepublik eröffnet, die Arbeit und ein besseres Leben suchen. Durch ein zukunftsorientiertes Einwanderungsrecht wird auch das Asylrecht geschützt. Die Ausgestaltung des Einwanderungsrechts hat sowohl humanitäre als auch arbeitsmarktpolitische Aspekte zu berücksichtigen.

Inklusion durch gesellschaftliche Teilhabe

Inklusion bezieht sich auf alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Wir treten dafür ein, allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft und ihren Institutionen zu eröffnen. Strukturelle Benachteiligung, Diskriminierung sowie Zugangsbarrieren von der politischen bis zur institutionellen Ebene gilt es zu identifizieren und abzubauen.

Migrationssozialarbeit schafft Chancengleichheit

Wir müssen unsere Einwanderungsgesellschaft im Einklang mit den Menschenrechten gestalten. Indem wir bedürfnisorientierte soziale Dienstleistungen für Einwander*innen anbieten, leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit. Unsere Arbeit entspringt aus der Motivation, die jahrzehntelange Aufteilung in »wir« und »die« in unserer Gesellschaft zu durchbrechen. Wir machen uns stark für Initiativen und migrationspezifische Maßnahmen, die Einwander*innen an gesellschaftlichen Ressourcen teilhaben lassen.

Mehrsprachigkeit anerkennen und Staatsbürgerschaft öffnen

Vielfalt wertzuschätzen, heißt, das Bildungskapital der Mehrsprachigkeit anzuerkennen und zu fördern. Im Bewusstsein der Leistung der Einwanderungspionier*innen sind wir überzeugt, dass die Einbürgerung unter Mehrstaatlichkeit Vertrauen schafft und das Zugehörigkeitsgefühl zum Land verstärkt. Wir fordern, dass bereits erfolgte Einwanderung wertgeschätzt wird, und setzen uns auf allen Ebenen für ein kommunales Wahlrecht von Ausländer*innen ein.

Eine menschenrechtsbasierte Flucht- und Asylpolitik

Wir treten für eine solidarische nationale wie europäische Politik für Geflüchtete ein, die Respekt vor der Würde und dem Recht geflüchteter Menschen hat. Im Inland, in der Europäischen Union, an deren Außengrenzen und bei

der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit müssen die Grund- und Menschenrechte beachtet werden. Auch geflüchtete Menschen haben das Recht auf Familie. Für die Teilhabe an der Gesellschaft ist ein uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Ausbildung, Arbeit und zur Gesundheitsversorgung zu ermöglichen. Gesetzlich diskriminierende Bestimmungen sowie Einschränkungen der Mobilität von Geflüchteten sind abzuschaffen.

Bildung und Arbeit als gesellschaftlicher Auftrag

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung unserer Einwanderungsgesellschaft sind Gerechtigkeit und Teilhabe an Bildung und Arbeit. Brüche ergeben sich regelmäßig an den Übergängen von einem in den nächsten Bildungsort. Kinder und Jugendliche sind besonders zu unterstützen. Wir fordern eine individuelle Unterstützung beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Vor dem Hintergrund der demografischen Veränderung der Gesellschaft ist eine gezielte und systematische Arbeitsmarktpolitik für Einwander*innen eine große Chance.

Rassismus erkennen und bekämpfen

In unserer Einwanderungsgesellschaft muss jede Form von Feindlichkeit, Diskriminierung, Extremismus und Rassismus gegen Menschen und Gruppen bekämpft werden. Als Gesellschaft müssen wir uns mit ausgrenzenden Strukturen und Vorurteilen kritisch auseinandersetzen und diese überwinden. Anderenfalls wird hierdurch Rassismus befördert und verfestigt.

6. Europa

Die Arbeiterwohlfahrt ist in Zeiten großer Krisen und Kriege in Europa entstanden. Die europäische Einigung und die politische Integration waren für uns eine Befreiung und ein Aufbruch. In diesem Bewusstsein setzen wir uns für ein geeintes Europa ein, unterstützen die europäische Integration und fordern grenzüberschreitende Solidarität. Nationale Ressentiments und Egoismen bekämpfen wir. Durch die Europäische Union können die Bürger*innen aller Länder reisen, arbeiten und in Frieden miteinander leben. Um jedoch den bestehenden sozialen Verwerfungen, der Armut und der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten, ist der Weg in eine Sozialunion unabdingbar.

Durch die Beteiligung an europäischen Programmen, Partnerschaften im ehrenamtlichen Bereich und Austausch der Mitarbeitenden stärken wir den europäischen Gedanken im Verband.

Für mehr Demokratie

Wir wollen eine bürgernahe und demokratische Europäische Union. Es braucht eine weitere Demokratisierung der Europäischen Institutionen und Verfahren mit einem starken Europäischen Parlament, transparente politische Entscheidungen sowie eine Beteiligung der Bürger*innen. Die Zivilgesellschaft ist als politische Akteurin in die weitere Ausgestaltung der Europäischen Union einzubeziehen.

Für einen Ausgleich zwischen den Regionen

Wir wollen den Frieden in Europa sichern und die Integration so gestalten, dass alle Menschen von ihr profitieren. Annähernd gleiche Lebensstandards innerhalb der Europäischen Union sind unser Ziel. Hierfür braucht es einen kontinuierlichen strukturellen und finanziellen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Regionen.

Soziale Mindeststandards einführen

Ein verbindliches Mindestniveau an sozialen Standards auf europäischer Ebene ermöglicht es, Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Wir sind überzeugt, dass Mitgliedsländer in Krisen Investitionen brauchen und Reformen, die die soziale Absicherung der Bürger*innen schützen.

Personenfreizügigkeit anerkennen, Arbeitsmobilität fördern

Mit der Einführung des Europäischen Binnenmarktes haben sich die Mitgliedsstaaten zur Personenfreizügigkeit verpflichtet. Wir bekennen uns zur Mobilität von Arbeitnehmer*innen und setzen uns für faire Rahmenbedingungen wie die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen ein. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Allen Jugendlichen in Europa müssen die gleichen Chancen auf Bildung und Beschäftigung garantiert werden.

Europäisches Engagement und Mobilität

Wir sind durch unsere Geschichte fest in der Zivilgesellschaft verwurzelt und wirken mit in europäischen Netzwerken zur Förderung von Bildung und Bürgerschaftlichem Engagement. So ermöglichen wir jungen Menschen und Erwachsenen, unabhängig von ihrer sozialen

Lebenslage, ihre europäischen Nachbar*innen kennenzulernen und sich gemeinsam in und für Europa zu engagieren. Die Vorzüge Europas dürfen nicht privilegierten Gruppen vorbehalten sein.

Daseinsvorsorge in Europa sichern

Wir erbringen soziale Dienstleistungen innerhalb der rechtlichen Regelungen des Europäischen Binnenmarktes. Bei dessen Ausgestaltung dürfen monetäre Marktprinzipien nicht einseitig handlungsleitend sein. Wir wollen die Qualität der Dienstleistungen und eine adäquate Infrastruktur in den Mittelpunkt stellen. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die eine europarechtskonforme und werteorientierte Erbringung gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Dienstleistungen durch tarifgebundene Arbeitgeber*innen gewährleisten.

Sozialsektor europaweit stärken

Der europäische Sozialsektor braucht mehr Wertschätzung. Er ist gleichstellungspolitisch bedeutend, weil es sich in allen Ländern um ein von Frauen dominiertes Berufsfeld handelt. Die Leistungen erhöhen die Lebensqualität, ermöglichen soziale Mobilität und tragen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Beschäftigungspolitisch hat der Sozialsektor das Potenzial, mehr Arbeitsplätze sowie nachhaltiges, inklusives und weitgehend konjunkturunabhängiges Wachstum zu schaffen. Er ist in der Förderpolitik der Europäischen Union hinreichend zu beachten, auch im Bereich der Förderung der weiteren Digitalisierung und Technisierung.

Ein föderales Europa im Blick

Wir haben die Vision eines föderalen Europas, das stark ist, aber subsidiär bleibt. Das bedeutet: eine Föderation, die den Kommunen, Regionen und Staaten maximalen Spielraum einräumt, jedoch Rahmen und Standards setzt. Und zwar so, dass die Menschen in Europa die Gewinner*innen der europäischen Integration sind.

7. Familie

Familien sind elementar für die Existenz, das Funktionieren und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für einen umfassenden Familienbegriff ein: Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und einander Zuwendung schenken. Eine zeitgemäße Familienpolitik stellt die Bedürfnisse der Familien ins Zentrum. Es gilt, für alle Familienmitglieder lebensphasen- und situationsabhängig Bedingungen zu schaffen, aufgrund derer sie selbstbestimmt Entscheidungen treffen können. Familienpolitik ist darüber hinaus eine ressortübergreifende Aufgabe, die auch Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt. Wir fordern eine gesellschaftliche Verantwortung, die alle Familienformen unterstützt und wertschätzt.

Bindung und Bildung in Familien

Bildungsgerechtigkeit beginnt damit, dass alle Familien als erster und zentraler Ort der Bindung, der frühkindlichen Erziehung und der Bildung anerkannt und gestärkt werden. Es braucht unterstützende und familienbildende sowie begleitende Maßnahmen und eine entsprechende Infrastruktur. An deren (Weiter-)Entwicklung sind Kinder, Jugendliche und Familien zu beteiligen.

Das Kindeswohl steht an erster Stelle

Wir sind von dem Leitgedanken getragen, dass Eltern das Wohl des Kindes am Herzen liegt. Aus dieser Überzeugung heraus treten wir für die Freiheitsrechte der Eltern gegen staatliche Eingriffe ein. Gleichzeitig betonen wir den Vorrang des Kindeswohls und sehen Staat sowie Gesellschaft in der Pflicht, Lebensbedingungen für ein Aufwachsen im Wohlergehen zu schaffen.

Es braucht eine widerspruchsfreie Familienpolitik

Wir brauchen ein umfassendes Konzept familienpolitischer Leistungen, das den tatsächlichen Lebensumständen von Familien entspricht. Widersprüche im Steuerrecht, im Familienrecht, in den Sozialversicherungen, bei Transferleistungen und bei erwerbsbasierten Rentenansprüchen sind aufzulösen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Familien mindestens über ein sozial gerechtes Existenzminimum verfügen.

Zeitpolitik im Blick

Familien benötigen Zeit. Deshalb braucht es für die Lebensqualität von Familien Konzepte, die sowohl Zeitwohlstand als auch Zeitsouveränität beachten. Neben der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sind Wege zu finden, die allen ein Leben gemäß ihren Werten, ihren Fähigkeiten und ihren Bedürfnissen ermöglichen.

Sorgearbeit braucht gute Rahmenbedingungen

Sorgearbeit für sich und andere ist die Basis gesellschaftlichen Wohlergehens und wirtschaftlicher Entwicklung. Das Verhältnis von Erwerbsarbeit zu Familie und Geschlechterrollen wandelt sich. Frauen leisten immer noch den größten Anteil an Sorgearbeit. Wir streiten für eine politische, gesellschaftliche und geschlechtergerechte Neuorganisation, die selbstbestimmte Entscheidungen über die Verwirklichung von Sorgearbeit ermöglicht. Staat, Wirtschaft, Familie und Zivilgesellschaft sind in der Verantwortung, gemeinsam gute Bedingungen für Sorgearbeit zu schaffen. Menschen haben ein Recht, ihre private Sorgearbeit wahrzunehmen und mit ihrem Beruf sowie ihrem Engagement zu vereinen.

8. Gleichstellung und Frauenpolitik

Seit unserer Gründung streiten wir für eine umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern. Unsere Vision ist die Geschlechtergerechtigkeit im Lebensverlauf. Sie ist erst erreicht, wenn alle Menschen frei sind, ihre Lebensentwürfe unabhängig von ihrem Geschlecht und ihrer sexuellen Identität und Orientierung zu verwirklichen. Diese Freiheit beruht auf der gleichen Verteilung von Ressourcen, Einfluss und Wertschätzung.

Frauenpolitik bleibt ein zentraler Bestandteil der Gleichstellungspolitik. Denn nach wie vor sind Frauen in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen benachteiligt. Wir setzen uns für die körperliche, finanzielle und zeitliche Selbstbestimmung von Frauen ein.

Finanzielle Selbstbestimmung von Frauen stärken

Wir fordern eine Politik, die Frauen eine uneingeschränkte Erwerbsbeteiligung ermöglicht.

Wir setzen uns für Lohngerechtigkeit ein, die den Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bei gleicher Qualifikation aufhebt. Deshalb muss ein Entgeltgleichheitsgesetz geschaffen werden. Darüber hinaus sind alle Arbeitsverhältnisse sozialversicherungspflichtig abzusichern sowie rechtliche Vorgaben abzubauen, die eine traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern fördern. Die strukturell schlechtere Bezahlung von Berufen, die traditionell mehrheitlich von Frauen ergriffen werden, ist zu beseitigen.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Der Schutz vor häuslicher Gewalt ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Das Hilfe- und Unterstützungssystem zum Schutz vor häuslicher Gewalt ist verpflichtend und auskömmlich zu finanzieren. Frauen und deren Kinder, die von Gewalt betroffen sind, brauchen einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe. Er darf nicht von Herkunft und gesundheitlicher Befähigung abhängig sein. Darüber hinaus ist eine Debatte zum Thema Gewalt in Verbindung mit gesellschaftlichen Vorstellungen von Männlichkeit speziell in Partnerschaften vonnöten. Ziel ist es, präventive Maßnahmen zu ergreifen.

Gleichstellung als Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtsspezifische Ungleichbehandlungen, Hierarchien und Unterdrückungsverhältnisse sind abzuschaffen. Alle Menschen sollen unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität ihre Bedürfnisse befriedigen, ihre Fähigkeiten entfalten und Sorge für sich und andere tragen können. Wir wirken Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht oder Sexualität in Überschneidung mit Herkunft, Bildung, Klasse, Alter, körperlicher Befähigung, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung entgegen.

Sexuelle und körperliche Selbstbestimmung

Menschen sollen ihre Sexualität, ihre Lebens- und Sexualpartner*innen selber bestimmen können. Jede*r soll sich selbstverantwortlich für oder gegen ein Leben mit Kindern entscheiden können. Wir befürworten das Recht auf Abtreibung und das Recht auf uneingeschränkte und freie Aufklärung und Information dazu. Um Menschen auf ihrem Weg zur sexuellen Selbstbestimmung zu unterstützen, braucht es Aufklärung und Information ab frühester Kindheit. Zudem bedarf es eines kostenlosen Zugangs zu Verhütungsmitteln. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit beinhaltet das Recht auf Selbstbestimmung des Geschlechts von Inter- und Trans-Personen.

Raum für neue Männlichkeit

Jungen und Männer wollen heute immer weniger alten, stereotypen Rollenbildern entsprechen. Wir treten dafür ein, dass sie in gleichberechtigten Partnerschaften leben sowie für ihre Familie sorgen können und ihre Erwerbsarbeit nicht mehr zum Mittelpunkt ihres Lebens machen müssen. Wir unterstützen Männer, nicht-traditionelle Rollen- und Familienmodelle zu leben.

9. Gesundheit

Gesundheitsförderung ist ein Menschenrecht. Wir sind überzeugt, dass der Zugang zu einer umfassenden Gesundheitsversorgung sowie die solidarische Absicherung allgemeiner Lebensrisiken für alle Menschen Voraussetzungen sind, um selbstbestimmt zu leben und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben. Ein gesundes Leben führt zu einer erhöhten Lebensqualität sowie zu allgemeinem Wohlstand. Allerdings ist die Gesundheit eines Menschen stark von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Wir treten dafür ein, dass alle Menschen die gleichen Chancen auf ein gesundes Leben und eine gute gesundheitliche Versorgung haben. Es braucht einen wohnortnahen, barrierefreien Zugang zu grundlegenden gesundheitlichen Leistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihren Beeinträchtigungen.

Versorgungsstrukturen im Blick

Die zunehmende Zahl älterer Menschen in der Gesellschaft und der Anstieg von Multimorbidität sowie chronischer und psychischer Erkrankungen steigern die Komplexität geriatrischer Versorgung. Diese Entwicklung macht eine sektorenübergreifende Versorgung notwendig, in der sich Klient*innen leichter orientieren können. Wir fordern eine dezentrale, wohnortnahe Versorgung, die inklusive Strukturen vorhält. Daraus folgt ein Paradigmenwechsel, weg von einer Ausrichtung an leistungsrechtlichen Vorgaben hin zu einer Versorgung aus der Sicht von Klient*innen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Wenn Prävention und Gesundheitsförderung bei den Lebenswelten der Menschen ansetzen, besteht die Chance, alle zu erreichen. Deshalb ist Gesundheitsförderung ressortübergreifend zu verankern. Alle relevanten Akteure im

Gesundheitswesen haben einen angemessenen finanziellen Beitrag zur Stärkung der Prävention zu leisten: Gefragt sind neben den Sozialversicherungsträgern auch Bund, Länder, Kommunen, gesetzliche und private Krankenversicherung. Um die Zunahme von psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz präventiv zu bekämpfen, fordern wir Mitspracherechte, Transparenz, Wertschätzung und Handlungsspielräume von allen Arbeitgeber*innen.

Digitalisierung des Gesundheitswesens

Die Digitalisierung birgt ein großes Potenzial für eine bessere und effizientere Versorgung im Gesundheitswesen. Eine leistungsfähige medizinische und pflegerische Versorgung, die alle Menschen erreicht, wird künftig nicht mehr ohne digitale Unterstützung funktionieren. Digitalisierte, hochgradig personalisierte Medizin schafft enorme Mengen an personenbezogenen sensiblen Daten. Wir treten dafür ein, dass allein der*die Patient*in bestimmt, wem er*sie welche Daten zugänglich macht.

Teilhabe und Lebensqualität durch Rehabilitation

Wir sind überzeugt, dass medizinische Rehabilitation die Teilhabe an der Gesellschaft im Blick haben muss und nicht nur die Arbeitsfähigkeit von Menschen. Ältere Personen müssen besseren Zugang zu Leistungsangeboten der Rehabilitation erhalten. Dazu sind die geriatrischen Rehabilitationsziele so zu fassen, dass sie den Gewinn an Lebensqualität durch Teilhabe verdeutlichen.

Erschöpfte Eltern brauchen genauso wie pflegende Angehörige zugängliche Entlastungsangebote. Stationäre Vorsorge- und Reha-Maßnahmen für Mütter, Väter und pflegende Angehörige reagieren auf gesundheitliche Beeinträchtigungen, die aus der privaten Sorgearbeit resultieren. Sie berücksichtigen neben den körperlichen die psychosozialen Dimensionen von Erkrankungen. Wir machen uns in den Mutter-/Vater-Kind-Einrichtungen, den Kurberatungsstellen, den Reha-Einrichtungen für pflegende Angehörige und im politischen Raum stark für die Sorgenden.

Für eine solidarische Finanzierung

Aus unseren Grundwerten heraus sind wir überzeugt, dass eine gerechte Gesundheitsversorgung nur durch ein starkes Miteinander möglich ist. Wir fordern, dass die Kranken- und Pflegeversicherung zu einer paritätisch finanzierten Bürgerversicherung

weiterentwickelt wird. Deshalb ist die unsolidarische Trennung in private und gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung aufzuheben. So werden einheitliche Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb der Krankenversicherer untereinander geschaffen und die Ursachen für Risikoselektion sowie Ungleichbehandlungen beseitigt. Eine stabile und gerechte Finanzierung ist unverzichtbar, um Gesundheit und Pflege nachhaltig zu sichern. Wir wollen der größten Wirtschaftsbranche in unserem Land – Gesundheit und Pflege – eine stabile und innovationsfördernde Perspektive geben.

10. Kindheit und Jugend

Wir übernehmen als Verband und in unseren Einrichtungen und Diensten Mitverantwortung dafür, dass allen Kindern und Jugendlichen die gleichen Entwicklungschancen eröffnet werden. Es ist für unsere Gesellschaft ein zentrales und zukunftsorientiertes Anliegen, ihnen ein Aufwachsen im Wohlergehen zu gewährleisten. Die Teilhabe und Beteiligung in allen sie betreffenden Belangen ist zu fördern. Kinder und Jugendliche, die unter prekären Bedingungen aufwachsen, genießen unsere besondere Unterstützung. Familiäres Wohlergehen und gesellschaftlicher Fortschritt bedingen sich in einem demokratischen Gemeinwesen wechselseitig.

Kinderrechte ins Grundgesetz

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen sind nach den Prinzipien der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen bei Entscheidungen von Politik, Verwaltung und Rechtsprechung zu berücksichtigen. Deshalb fordern wir, die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu verankern. Das bedeutet, altersgerechte Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten einzurichten sowie ein Wahlrecht für Kinder und Jugendliche einzuführen.

Eigenständige Jugendpolitik

Die Jugend in ihrer Vielfalt ist durch Orientierung, Entwicklung und Übergänge geprägt und dadurch eine besondere Lebensphase. Jugendliche sind dabei zu unterstützen, ihr Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Gute Jugendpolitik vertritt als eigenständiges Politikfeld parteilich die Ansprüche und Bedürfnisse Jugendlicher in der Gesellschaft und beteiligt sie an ihrer Entwicklung.

Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen

Wir sind der freien Entfaltung der Persönlichkeit im ganzheitlichen Sinne verpflichtet. Für uns haben die Lebensphasen Kindheit und Jugend einen Eigenwert und sind mehr als nur eine Vorbereitung auf das Erwerbsleben. Deshalb sind inklusive Freiräume zu schaffen, die es Kindern, Jugendlichen und Familien ermöglichen, sich kreativ, frei und selbstbestimmt zu entwickeln.

Beteiligung von Anfang an

Wir begegnen Kindern, Jugendlichen und ihren Sorgeberechtigten wertschätzend. Unser Handeln ist von der Haltung getragen, Beteiligung und Kooperation zu fördern. Daraus leiten wir unser Hilfeverständnis ab, das auf einer beteiligungsorientierten und zur Beteiligung befähigenden Pädagogik aufbaut.

Vorausschauende und vernetzte Ansätze stärken

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in allen Altersphasen Potenziale und Stärken der Kinder, der Jugendlichen sowie der für sie Sorgenden frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Benachteiligungen dürfen gar nicht erst entstehen.

Rechtsansprüche auf präventive Angebote sind daher auszubauen und in lebensweltbezogenen Netzwerken zu verwirklichen. Im Rahmen einer Sozialraumorientierung können Vernetzung und Kooperation – auch unter Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement – weiterentwickelt werden.

Für einen sicheren Ort

Kinderschutz beginnt damit, Kinder und Jugendliche zu stärken sowie Familien dabei zu unterstützen, ihren Erziehungsauftrag zu erfüllen. Fachkräfte müssen sich den gewandelten Lebenslagen und Gefährdungen entsprechend für eine professionsübergreifende Zusammenarbeit fortlaufend qualifizieren. Unser oberstes Gebot ist es, Kindern einen sicheren Ort des gesunden Aufwachsens zu bieten.

Gesundheitsförderung

Ein Aufwachsen im Wohlergehen können Jugendhilfe-, Bildungs- und Gesundheitssystem nur gemeinsam gewährleisten. Sie müssen systematisch und auf der Grundlage von Rechtsansprüchen zusammenarbeiten. Eine integrierte Sozialplanung muss den Rahmen dafür vorgeben, dass auch schon vorgeburtlich Beratung, Förderung und Hilfe

geleistet werden kann. Fähigkeiten müssen gefördert, aber auch Schwächen aufgegriffen und Nachteile verhindert werden.

Jugendarbeit stärken

Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit knüpfen an den Interessen junger Menschen an und werden von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet. Sie befähigen zur Selbstbestimmung und fördern gesellschaftliche Mitverantwortung und soziales Engagement. Sie sind eine wichtige Säule für eine lebendige demokratische Gesellschaft. Um ihren Auftrag zu erfüllen, müssen Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit dauerhaft finanziell gesichert und weiterentwickelt werden. Wir unterstützen insbesondere die Arbeit des Jugendwerks der Arbeiterwohlfahrt als eigenständiger Kinder- und Jugendverband.

Kindergrundsicherung verwirklichen

Die Beseitigung von Kinderarmut, die soziale und kulturelle Teilhabe sowie die bestmögliche Förderung aller Kinder ist unsere Aufgabe. Wir setzen uns für ein bedarfsdeckendes System der Kindergrundsicherung ein. Eine Welt ohne Kinderarmut ist unsere Vision. Die Versteuerung in Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern und die Zusammenführung einzelner Leistungen fördern Gerechtigkeit und Transparenz.

Staatliche Verantwortung für die Jugendhilfe

Die öffentliche Hand ist für die Planung und Bereitstellung bedarfsgerechter Leistungen und Einrichtungen der Jugendhilfe verantwortlich. Dabei sind die Achtung des Subsidiaritätsprinzips und das partnerschaftliche Zusammenwirken mit freien Trägern grundlegend für eine adressatenorientierte Weiterentwicklung in einer gemeinsamen Verantwortung. Bund, Länder und Kommunen haben die Finanzierung der Infrastruktur und der individuellen Leistungen sowie die Erfüllung der individuellen Rechtsansprüche gemeinsam sicherzustellen. Wir treten für eine inklusive Jugendhilfe ein, die bei individuellem Bedarf auch für junge Menschen über das 18. Lebensjahr hinaus zuständig ist.

11. Menschen in besonderen Lebenslagen

Wir sind für Menschen in besonderen Lebenslagen ein Sprachrohr und leisten mit unserer Arbeit praktische Hilfe (zur Selbsthilfe). Mit einem unverstellten Blick auf die Situation dieser Menschen treten wir gegen Auffassungen in der Gesellschaft ein, dass es sich hierbei um Randgruppen, selbst verschuldete Schicksale oder Einzelfälle handelt. In der Schuldnerberatung, der Straffälligen-, Wohnungslosen- und Suchthilfe streiten wir in dem Wissen um die eng miteinander verbundenen Herausforderungen genauso für eine gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft wie in unseren Betreuungsvereinen.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Wir machen auf die sozialen Auswirkungen von Überschuldung aufmerksam, die Wohnungen, Arbeitsplätze und Beziehungen gefährdet sowie die Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen in überschuldeten Haushalten massiv einschränkt. Wir beraten Menschen über ihre Rechte und Pflichten mit dem Ziel, eine Perspektive für den wirtschaftlichen Neuanfang und ein Leben ohne Schulden zu schaffen. Wir setzen uns für einen freien Zugang zu unabhängigen, kostenlosen und sozialen Schuldnerberatungsangeboten für alle Personen ein, ungeachtet ihrer aktuellen Einkommenssituation.

Straffälligenhilfe

Oberstes Ziel der Straffälligenhilfe ist die Resozialisierung und Eingliederung in die Gesellschaft. Deshalb fordern wir verstärkt Alternativen zum reinen Freiheitsentzug. Ambulante Maßnahmen können soziale Trainingskurse für jugendliche Straffällige sein, um ihre kognitiven Kompetenzen und ihre Sozialfähigkeit zu steigern, oder auch Arbeitsprojekte, in denen Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit abgegolten werden.

Opferhilfe

Der Schutz der Opfer von Straftaten ist für uns eine wichtige Aufgabe. Durch eine Straftat verlieren sie häufig ihre Gesundheit und ihre Lebensgrundlage. Bei dem mühevollen Weg durch die Instanzen sind sie oft auf sich alleine gestellt. Hier sind Hilfen über das normale Maß der sozialen Absicherung notwendig.

Suchthilfe

Unsere Grundhaltung ist geprägt von einem Verständnis der unterschiedlichen persönlichen und sozialen Hintergründe der Menschen sowie der verschiedenen Verläufe und Ausprägungen von Sucht. Unser ehrenamtliches Engagement in vielen Selbsthilfegruppen und -initiativen ist ein Teil der Nachsorge, ohne die eine erfolgreiche Suchthilfearbeit nicht zu leisten ist. Deshalb fördern wir eine enge Kooperation und Vernetzung zwischen ehrenamtlichen Selbsthilfeinitiativen und professionellen Einrichtungen und Diensten.

Wohnungslosennotfallhilfe

Wohnungslosigkeit ist oft das Resultat eines Zusammenspiels individueller und sozialer Aspekte, denen wir mit persönlich abgestimmten Hilfen begegnen. Die Freiheit der*des Einzelnen in der Auswahl und in der Annahme der Hilfeangebote ist zu beachten. Um Wohnungslosigkeit zu verhindern, fordern wir ein stärkeres Engagement von Bund, Ländern und Kommunen im Wohnungsbau.

Betreuungsvereine für ein selbstbestimmtes Leben

Wir setzen uns für ein flächendeckendes, bundesweites Netz an Betreuungsvereinen ein, deren gesetzliche Finanzierung dynamisch an die realen Kosten angepasst wird und damit dauerhaft Strukturen sichert. So sind in Zukunft weiterhin Ehrenamtliche zu gewinnen, fachgerecht zu beraten und fortzubilden. Nur dadurch wird das Engagement vieler Familienangehöriger und Menschen, die sich für die ehrenamtliche Übernahme einer rechtlichen Betreuung interessieren, gefördert und unterstützt.

12. Menschen mit Behinderungen

Gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen machen wir uns dafür stark, dass sie selbstbestimmt und frei leben können. Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen zur Inklusion ist hierfür konsequent zu verwirklichen. Behinderungen sind für uns keine Eigenschaft einzelner Menschen, sondern entstehen in Wechselwirkung von individuellen körperlichen, geistigen, seelischen, psychischen oder Sinnesbeeinträchtigungen mit gesellschaftlichen Barrieren.

Von Menschen mit Behinderungen sprechen wir, um die Zielgruppe genau zu benennen und bestehende Benachteiligungen und Diskriminierungen zu verdeutlichen. Ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen im politischen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Raum ist unser Ziel.

Selbstbestimmt arbeiten

Eine sinnstiftende und existenzsichernde Arbeit ist ein wichtiger Teil des Lebens auch von Menschen mit Behinderungen. Sie sollen gemäß ihren individuellen Bedürfnissen selbstbestimmt wählen können, wo und wie sie arbeiten. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen die Regel und nicht die Ausnahme ist. Dies gilt insbesondere für Frauen mit Behinderungen.

Neben der Beschäftigung auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt bedarf es weiterer Arbeitsformen, um Menschen mit Behinderungen eine ihrer individuellen Situation angepasste Beschäftigung zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen von ihrer Arbeit leben können und ihren Behinderungen entsprechend unterstützt werden.

Aktiv mitbestimmen

Menschen mit Behinderungen müssen das politische Handeln auf allen föderalen Ebenen mitgestalten können und geeignete Räume des Engagements vorfinden. Das Prinzip »Nichts über uns ohne uns« muss uneingeschränkt gelten. Politik, Verwaltung und Parteien sind in der Pflicht, barriere- und diskriminierungsfreie Beteiligung zu ermöglichen und angemessene Unterstützung bereitzustellen. Im Engagement müssen Möglichkeiten der Mitarbeit und Mitbestimmung für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und Frauen mit Behinderungen ist besonders zu fördern.

Selbstbestimmte Teilhabe vor Ort

Das Ziel ist, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit Menschen ohne Behinderungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und es gestalten. Wir setzen uns für einen barrierefreien Zugang zu Freizeit-, Kultur- und Konsumeinrichtungen und -orten ein. Menschen mit Behinderungen müssen sich kreativ, künstlerisch, sportlich und intellektuell entfalten können. Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sowie älteren Menschen mit Behinderungen sind besonders zu berücksichtigen.

13. Pflege

Wir streiten für Rahmenbedingungen und Unterstützung, die Teilhabe im Fall von Pflegebedürftigkeit und insbesondere auch für Menschen mit Demenz ermöglichen. Neben den Leistungen der Pflegeversicherung und einem eventuellen Bezug von Sozialleistungen ist ergänzend ein Anspruch auf Teilhabe für pflegebedürftige Menschen unabhängig von ihrem Wohnort notwendig. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt alle Leistungen der Pflegeversicherung zur Verfügung zu stellen. Bei Menschen mit Pflegebedarf ist der vorhandene Rechtsanspruch auf Leistungen sozialer Teilhabe anzuerkennen und leistungsrechtlich auszugestalten.

Anerkennung und Verbesserung der Pflegetätigkeit

Wir wollen, dass die Bedeutung des Arbeitsfeldes sich in der gesellschaftlichen Wertschätzung widerspiegelt. Nur durch gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und eine angemessene Bezahlung kann dem Fachkräftemangel begegnet werden. Die Anwerbung von Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland ist für uns nur ein Baustein zur Behebung des Fachkräftemangels. Dabei sind ethische Werte mit Blick auf das Herkunftsland und bestehende soziale Beziehungen zu beachten. Gerade Haushaltshilfen sind zu guten Arbeitsbedingungen zu beschäftigen. Die Pflegepolitik muss den Bedürfnissen der Pflegesituation in den Familien gerecht werden, sodass nicht mehr auf illegal beschäftigte Haushaltshilfen zurückgegriffen wird.

Fachlichkeit in der Pflege sichern und weiterentwickeln

Voraussetzung für qualitativ gute Pflege sind gut ausgebildete Fachkräfte in ausreichender Zahl. Auch Hilfskräfte sind angemessen zu schulen und einzuarbeiten. Die zukünftigen Anforderungen machen eine weitere Professionalisierung und Anpassungen der Pflegearbeit an die Bedarfe des Arbeitsfeldes notwendig. Wir streiten für ein umfassendes System der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung, das in einem großen Umfang bundeseinheitlich ausgestaltet ist und eine adäquate Ausbildungsfinanzierung beinhaltet. Zudem sind attraktive Entwicklungsmöglichkeiten durch Anerkennung von erworbenen Kompetenzen sowie eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen.

Den Wandel der Pflege gestalten

Die Pflege hat sich an den Wünschen der Menschen auszurichten, die so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit und/oder in ihrem gewohnten Wohnumfeld bleiben wollen. Genauso ist der Vielfalt dessen, was wir als Alter bezeichnen, gerecht zu werden. Einrichtungen und Dienste kommen diesem Bedürfnis nach. Es braucht hierfür Übergangsformen und flexible, niedrigschwellige Hilfe- und Unterstützungsangebote sowie die entsprechende Refinanzierung. Sie ermöglichen den Menschen, selbstständig zu wohnen, und gestatten pflegenden Angehörigen, häusliche Pflege sowie eine wohnortnahe Versorgung aufrechtzuerhalten. Die Stellung der pflegenden Angehörigen ist zu verbessern. Vernetzte und kooperierende Einrichtungen und Dienste im Sozialraum sind zu fördern. Hierfür braucht es eine verpflichtende kommunale Steuerung.

Finanzierung der Pflege

Wir sind überzeugt, dass die Finanzierung von Leistungsangeboten in der Pflege neu geregelt und die Leistungen der Pflegeversicherungen ausgedehnt werden müssen. Das Teilleistungsprinzip der Pflegeversicherung ist nicht zukunftsfähig. Nur eine Vollversicherung ist richtungsweisend. Eine ausgebauten Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung ist das Ziel. Hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen sind verstärkt in die Beitragspflicht einzubeziehen. Leistungen der Krankenversicherung müssen auch in der stationären Pflege vollumfänglich durch diese und nicht durch die Pflegeversicherung getragen werden. Dies gilt explizit für Leistungen der Behandlungspflege. Eine Bürgerversicherung für alle Erwerbstätigen ist einzuführen.

Würdevolles Sterben

In jedem Lebensalter ist die Selbstbestimmung der Menschen in ihrer letzten Lebensphase zentral. Sie ist in der medizinisch-pflegerischen sowie der palliativen und hospizlichen Versorgung, bei Abschiednahme und Sterbeprozessen zu beachten. Dabei ist auf individuelle und kulturelle Unterschiede einzugehen. Es braucht eine Sterbebegleitung, die sich an den Bedürfnissen von sterbenden Menschen orientiert, sowie eine würdevolle Abschiedskultur und Trauerbegleitung für Angehörige und Nahestehende. Eine flächendeckende palliativ-hospizliche Versorgung in allen Einrichtungen und Diensten ist gesetzlich sicherzustellen.

Ziel ist es, Sterbenden Schmerzen zu ersparen. Wir fördern auch die Zusammenarbeit zwischen Hauptamt und Engagierten im Prozess würdevollen Sterbens.

14. Solidarität in einer globalisierten Welt

Seit unserer Gründung setzen wir uns als Teil einer internationalen (Arbeiter-)Bewegung über die Landesgrenzen hinweg in Solidarität für benachteiligte Menschen ein. Der globalisierte Finanzkapitalismus zwingt uns zum wirtschaftlichen Wachstum, zur Geldvermehrung sowie zur Privatisierung und erschwert so ein Leben in Würde für alle. Wir streiten für eine globale Gerechtigkeit, in der die Grundversorgung für alle Menschen öffentlich, demokratisch und ökologisch sichergestellt wird.

Nachhaltiges Wirtschaften, Klimaschutz und menschenwürdige Arbeit weltweit

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung ist für uns eine richtungsweisende Übereinkunft. Sie verpflichtet alle Staaten dazu, den Hunger zu beenden, ein gesundes Leben für alle Menschen zu gewährleisten, menschenwürdige Arbeit zu fördern und dem fortschreitenden Klimawandel durch nachhaltiges Wirtschaften entgegenzutreten. Wir bekennen uns zu den Weltklimazielen von Paris und treten für deren Einhaltung ein. Im eigenen Land, aber auch global trägt Deutschland als eine der reichsten Industrienationen hier eine besondere Verantwortung.

Wir begleiten die Umsetzung dieser Entwicklungsziele sozial- und bildungspolitisch in nationaler und internationaler Perspektive. Dies ist unser Beitrag zur globalen sozialen und ökologischen Transformation eines auf quantitatives Wachstum, private Vermögen und Ressourcenverschwendung ausgerichteten Wirtschaftsmodells.

Wir kämpfen dafür, dass weltweit die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation eingehalten werden: Allen steht das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Kollektivverhandlungen zu. Zwangs- und Kinderarbeit wollen wir abschaffen und Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf verbieten.

Weltweite Gerechtigkeit schafft weltweiten Frieden

Wir sind überzeugt, dass soziale Gerechtigkeit eine notwendige Voraussetzung ist, um den Weltfrieden herzustellen und Fluchtursachen zu vermeiden. Wirtschaftliches Wachstum allein garantiert keine Gerechtigkeit. Wir streiten für eine globale, nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Zivilgesellschaft stützen, Rechte einklagen, Armut bekämpfen

Mit unserem Fachverband AWO International stärken wir gezielt Menschen, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Armut betroffen sind. Genauso unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort, die diese Arbeit leisten. Im Zentrum stehen Frauen und Kinder, indigene Gruppen, Migrant*innen sowie von Menschenhandel bedrohte Personen. Wir unterstützen sie darin, politische und rechtliche Ansprüche durchzusetzen. Unsere Katastrophenprävention schützt besonders verwundbare arme Menschen und hilft gemeinsam mit unseren Partnern vor Ort akut, schnell und bedarfsgerecht.

Verantwortung der*des Einzelnen in einer globalen Welt

Die Menschheit verbraucht mehr Energie und natürliche Ressourcen, als unser Planet regenerieren und wieder zur Verfügung stellen kann. Dadurch schädigen wir die Zukunft allen Lebens auf der Erde. Klimawandel, Umweltschutz und eine faire Verteilung der begrenzten, nicht erneuerbaren Rohstoffe betreffen uns alle. Die Folgen einer rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Rohstoffe und einer niedrigen Ertragswirtschaft in der Nahrungsmittelproduktion sind letztlich Hunger, Armut, Kriege, Flucht und Vertreibung. Die nachhaltige Transformation unserer Welt kann jedoch nur gelingen, wenn jede*r Einzelne bereit ist, daran mitzuwirken. Unser Lebensstil in Deutschland kann nicht global gelebt werden. Deshalb müssen wir als Gesellschaft das richtige Maß der Selbstbegrenzung finden und unser Handeln auch im Sinne der Verantwortung für zukünftige Generationen ausrichten.

VIII. Wir verpflichten uns

Wir verpflichten uns als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband, unseren Werten entsprechend zu handeln. Indem wir unsere Grundsätze transparent darstellen, machen wir sie zum Maßstab unserer Arbeit.



Als Mitgliederverband, als sozialwirtschaftliches Unternehmen und als Interessenverband handeln wir entsprechend unseren Werten. Wir verfügen über ein umfassendes Regelwerk, das über gesetzliche Verpflichtungen hinausgeht, und verwalten unsere Finanzen verantwortungsbewusst. Soziale Verantwortung und Gemeinwohlorientierung sind untrennbar mit unserem Namen in allen Regionen verbunden. Deshalb achten wir auf die Einhaltung unserer Grundsätze und verpflichten uns zu Transparenz und Kontrolle.

Wir schätzen Ehrenamt und Engagement

Ehrenamt und Engagement sind selbstbestimmt und freiwillig. Beide erfolgen grundsätzlich unentgeltlich oder gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung. Sie werden bei uns geschützt und in ihrem Eigenwert geschätzt. Wir fördern die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Ehren- und Hauptamt. Ehrenamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn. Soweit möglich richten wir eigene Agenturen zur Vermittlung von Engagement ein und beteiligen uns daran.

Wir bieten Gute Arbeit

Wir verpflichten uns, angemessen zu entlohnen und für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen. Wir bieten Mitarbeitenden transparente Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, persönliche Weiterentwicklung und Qualifizierung. Wir binden sie bei der Entwicklung innovativer Prozesse und Projekte – insbesondere im Rahmen der Digitalisierung von Arbeitsprozessen – von Anfang an ein. Wir bekennen uns zur Tarifbindung und arbeiten mit Gewerkschaften und Betriebsräten eng zusammen. Kein Arbeitsverhältnis mit der AWO soll ohne Anbindung an einen Tarifvertrag mit einer Gewerkschaft des Deutschen Gewerkschaftsbundes geschlossen werden. Wir achten und fördern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Gesundheit unserer Mitarbeitenden. Hauptamtliche Führungskräfte finden Nachwuchs für die zukünftigen Aufgaben, fördern und qualifizieren ihn.

Wir wollen Mitbestimmung

Wir wollen, dass unsere Mitglieder und unsere Mitarbeitenden die Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt mitbestimmen. Entscheidungen im Mitgliederverband treffen wir demokratisch und transparent. Die ehrenamtliche Aufsicht in unseren Gliederungen und Gesellschaften ist demokratisch legitimiert. Führung in unseren sozialwirtschaftlichen Unternehmen bedeutet, Verantwortung für das Wohl aller zu tragen und die Beteiligungskultur sowie demokratische Prozesse zu stärken. Wir unterstützen, dass sich Betriebsräte bilden.

Wir achten die Bedürfnisse der Klient*innen und schützen sie

Unsere qualitative Arbeit orientiert sich an den Lebenslagen, Bedürfnissen, Erwartungen und individuellen Möglichkeiten der Klient*innen. Wir beraten und unterstützen sie mit dem Ziel, ihre Selbstbestimmung zu erhalten und zu stärken. Wir schätzen die*den einzelne*n Klient*in wert und beteiligen sie*ihn in unserer Arbeit, wo es möglich ist. Wir garantieren den Schutz der Menschen, die uns anvertraut sind.

Wir schaffen Transparenz und haben eine unabhängige Aufsicht

Unser Ehrenamt gibt die strategischen Ziele vor und arbeitet Hand in Hand mit dem Hauptamt. Wir trennen bewusst Kontrolle und Steuerung. Mitglieder jeglicher Aufsichtsgremien dürfen kein Arbeitsverhältnis oder dauerhafte Geschäftsbeziehungen zu unseren Gliederungen oder Gesellschaften haben, die sie beaufsichtigen. Unsere Entscheidungen über Gehälter von Geschäftsführer*innen und hauptamtlichen Vorständen werden transparent getroffen.

Wir handeln nachhaltig

Wir verpflichten uns, negative Auswirkungen unserer Arbeit auf Mensch, Natur und Klima so gering wie möglich zu halten. Dazu setzen wir uns nachprüfbar Vorgaben und Ziele. Die Verantwortung für heutige und künftige Generationen ist Teil unseres unternehmerischen Handelns sowie unserer Sozialen Arbeit.

Wir leben Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit

Unsere Forderungen zur Inklusion, Interkulturalität und Geschlechtergerechtigkeit stellen wir auch an uns selbst. Wir stellen Ressourcen zur inklusiven Ausgestaltung unserer Einrichtungen und Dienste bereit. Wir wollen die Vielfalt der Gesellschaft in unserer Mitgliedschaft, im Haupt- und Ehrenamt sowie bei Klient*innen unserer Einrichtungen und Dienste entsprechend der Bevölkerung abbilden.



Glossar

Mit dem **freiheitlichen demokratischen Sozialismus** bekennen wir uns zu unserem Ursprung als Teil der deutschen Arbeiterbewegung. Wir verdeutlichen damit unseren Glauben an den humanitären Fortschritt der Menschheit. Wir verbinden damit auch unsere Kritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell und betonen eine Alternative auf der Basis unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz. Jede Veränderung im bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem kann jedoch nur demokratisch stattfinden. Unsere Auffassung vom freiheitlichen demokratischen Sozialismus schützt die*den Einzelne*n vor der Willkür der Mehrheit und stellt sich gegen jede Form der autoritären oder totalitären Herrschaft. Nur die Demokratie und der Rechtsstaat achten die Würde des Menschen, seine Freiheit und das Recht. Das ist unser Begriff des freiheitlichen demokratischen Sozialismus.

Geschlecht schließt nach unserem Verständnis alle mit ein und ist vielfältig. Geschlecht beschreibt herkömmlich die Einteilung von Menschen in »weiblich« oder »männlich«. Sie basiert auf biologischen Geschlechtsmerkmalen, Geschlechtsidentität (innere Überzeugung, einem Geschlecht anzugehören) und Geschlechterrollen, die von gesellschaftlichen Normen (Aussehen, Körpersprache, Verhaltensweise) definiert werden. Die Vielfalt von Menschen wird durch die ausschließliche Einteilung in Frauen und Männer unzureichend erfasst: Es gibt beispielsweise Menschen, deren biologisches Geschlecht mehrdeutig ist (intersexuelle oder intergeschlechtliche Menschen), und Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde (Transgender oder Transsexuelle).

Hilfe zur Selbsthilfe ist Ausdruck unserer Auffassung, dass wir jeden Menschen unterstützen, sich selbst und im Zusammenschluss mit anderen zu helfen. Das Ziel unserer Arbeit ist es – wo es die Umstände erlauben –, den einzelnen Menschen so weit zu unterstützen, bis er in der Lage ist, selbstbestimmt sein Leben zu führen. Inklusion ist ein Prinzip, um die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Gesellschaft zu verwirklichen. Inklusion verdeutlicht, dass jede*r auf ihre*seine Art und Weise einzigartig und Teil der Vielfalt ist. Damit alle Menschen mitwirken und mitentscheiden können, sind die baulichen, kommunikativen, strukturellen, ökonomischen sowie fachlichen Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft zu prüfen und wo nötig zu verändern.

Interkulturelle Öffnung ist ein Modell zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in Organisationen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Einrichtungen, Diensten und im Verband ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend repräsentiert werden und dass die Angebote sich konzeptionell, organisatorisch und personell an den Bedürfnissen von Menschen unterschiedlicher Herkunft aufstellen.

Rassismus teilt Menschen aufgrund ihrer vermeintlichen oder realen Herkunft, ihrer Hautfarbe oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit in verschiedene Gruppen ein und weist diesen unveränderliche, oft negative Eigenschaften oder Verhaltensweisen zu. Ihre eigene Gruppe sehen Rassist*innen in der Regel als natürlich überlegen an und leiten daraus das Recht zur Benachteiligung anderer ab.

Sexuelle Identität beschreibt, wie Menschen sich selbst wahrnehmen und wie sie im Hinblick auf Geschlechtsmerkmale, Geschlechtsidentität, Geschlechterrolle und sexuelles Begehren von anderen wahrgenommen werden wollen. Sexuelles Begehren beschreibt, zu welchem Geschlecht oder welchen Geschlechtern Menschen sich romantisch, erotisch und sexuell hingezogen fühlen.

Sorgearbeit verwenden wir als Rahmen, um alle Sorgetätigkeiten, unabhängig von Gegenstand und Art der Sorge und unabhängig von der Organisationsform (unbezahlt/bezahlt, informell/formell, privat/professionell, Ehrenamt/Erwerbsarbeit), zu beschreiben. Sofern wir von Sorgearbeit reden, die die private Pflege, Zuwendung, Versorgung für andere oder sich selbst meint, die unbezahlt, informell oder als Ehrenamt stattfindet, sprechen wir explizit von »privater Sorgearbeit«. Wir beachten die Debatte, die unter dem Begriff »Care« stattfindet, und unter anderem die Frage, wie wir miteinander leben und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren wollen.

Unter **Sozialer Arbeit** verstehen wir die bezahlte, formelle sowie professionelle Pflege, Zuwendung und Versorgung für andere, die als Erwerbsarbeit stattfindet.

Unter **Sozialraum** verstehen wir das Lebensumfeld des Menschen, den Ort, an dem er konkrete Unterstützung erhält, um seine Lebensqualität und –situation zu verbessern. Hier kann er sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft engagieren, Akzeptanz und Wertschätzung der Mitmenschen erfahren und Demokratie leben. Sozialraumorientierung ist eine Handlungsoption der Sozialen Arbeit, die von der individuellen Bedarfslage aus das Umfeld des Menschen mit seinen Angeboten und Einrichtungen in den Blick nimmt.

Nach dem gesellschaftlichen Prinzip der **Subsidiarität** übernimmt im Staat die kleinere Einheit im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit staatliche Aufgaben. Der Staat trägt die Verantwortung, die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu gewährleisten. Damit unterstützt er zugleich private, selbstständige Organisationen der Zivilgesellschaft wie die Freie Wohlfahrtspflege. Der Wert der Subsidiarität zeigt sich für den Menschen durch die Wahlfreiheit und durch bürgernahe Hilfe und Unterstützung.

Impressum

AWO Bundesverband e.V.
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin

Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Fax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich

Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion

Prof. Dr. Thomas Beyer, Leiter der
Grundsatzkommission
Marius Mühlhausen, Leiter der Stabsstelle
für Grundsatzfragen

Konzept und Gestaltung

www.studio-pingpong.de
Ingeborg Landsmann

© AWO Bundesverband e.V.
Berlin, Januar 2020

Untersützt durch die



Danke

Über vier Jahre hinweg hat die Grundsatzprogrammkommission den Prozess auf dem Weg zum Grundsatzprogramm im Verband intensiv begleitet. Die Arbeiterwohlfahrt dankt den Mitgliedern der Kommission: Britta Altenkamp, Anne Baaske, Prof. Dr. Thomas Beyer, Rudolf Borchert †, Brigitte Döcker, Rudi Frick, Christoph Götz, Ulf Griebmann, Ragnar Hoenig, Barbara Höckmann, Dr. Birgit Hoppe, Andreas Johnsen, Benjamin Landes, Ingrid Lebherz, Marius Mühlhausen, Alexander Nöhring, Nils Opitz-Leifheit, Christiane Reckmann, Senihad Sartor, Michael Scheffler, Michael Schmidt, Wilhelm Schmidt, Markus Schnapka, Gabriele Siebert-Paul, Wolfgang Stadler.

